A12 Arbeitskampf statt Arbeitskrampf

Gremium:	Landesvorstand GJ Thüringen
Beschlussdatum:	15.11.2023
Tagesordnungspunkt:	0.TOP 3 Leitantrag

Antragstext

Wir wollen, aber müssen arbeiten

Wir leben in einer von Arbeit geprägten Gesellschaft: Unser Ansehen, unser Alltag, unser Wohlergehen unsere Bildung richtet sich nach Arbeit. Arbeit ist vielfältig und Arbeit betrifft alle. Kleine Kinder träumen davon, erwachsene Menschen meckern darüber und Rentner*innen erzählen gerne davon. Doch
nicht alle Menschen in Deutschland arbeiten gleich. Unsere Arbeitswelt ist geprägt von Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus. Während eine kleine Gruppe an Menschen sich aufgrund von ererbten Reichtum aussuchen kann ob und in welchem Beruf sie arbeiten will, ist der der Großteil von uns auf die
unterschiedliche starke Art und Weise von der Arbeit abhängig um ihr Leben leben zu können. FLINTA*-Personen leider unter ungerecht verteilter Carearbeit. Menschen ohne Deutsche Staatsbürgerschaft lassen sich in irgendwelchen sinnlosen Jobs ausbeuten, weil sie sonst Angst um ihr Aufenhaltsrecht
haben müssen. Gleichzeitig sind die Debatten, die national über Arbeit geführt werden eher abstoßend: Unserer Generation wird immer wieder vorgeworfen, wir wir seien faul, nur weil wir kein Bock haben für ein mickriges Gehalt 40 Stunden die Woche an der Zerstörung unseres Planeten mitzuarbeiten.
Aufgrund von Fachkräftemangel reden Politiker*innen immer wieder darüber, dass wir doch mehr Wochenstunden arbeiten und erst später in Rente gehen sollen für den oder direkt per Gesetz zu kostenloser Arbeit verpflichtet werden sollten.

Arbeitskampf olé

Lichtblick für uns bleiben die Gewerkschaften, die beste Erfindung seit der Entstehung des Kapitalismus. Sie haben zahlreiche Dinge erkämpft die wir heute für selbstverständlich halten: das Wochenende, die 40-Stunden-Woche, die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, den Kündigungsschutz und so vieles
mehr. Auch helfen sie seit Jahrzehnten allen möglichen Arbeiter*innen im Konflikt mit ihren Chef*innen – genau deswegen sind Gewerkschaften heute auch wieder Kampagnen und Widerstand ausgesetzt.

Darüber hinaus sagen Organisationen die marginalisierten Gruppen in Berufs- und Ausbildungsthemen unterstützen dem Kapitalismus indirekt den Kampf an, indem sie Menschen, die von diesem ausbeuterischen System fallen gelassen werden dabei unterstützen für Ihre Rechte einzustehen.

Care-Arbeit, Ehrenamt und Freiwilligendienst

Doch nicht allein die Lohnarbeit ist Arbeit. Unsichtbare, unbezahlte Care-Arbeit ist vor allem für FLINTA* Alltag. Kindererziehung, Pflege von Angehörigen, Hausarbeit, Ehrenamt: Frauen wenden pro Tag im Durchschnitt 52,4 Prozent mehr Zeit für unbezahlte Sorgearbeit auf als Männer.
Teilzeitbeschäftigung kommt bei Frauen deutlich häufiger vor als bei Männern, die häufiger in Vollzeit arbeiten. Für Frauen ergeben sich dadurch wirtschaftliche Nachteile. Wenn Frauen über Jahre ein geringeres Einkommen haben, sind sie im Alter schlecht abgesichert und finanziell abhängig von ihren
Partner*innen. Dies führt bei jeder fünften Frau zu Altersarmut, Tendenz steigend. Frauen befassen sich mehr als doppelt so viel mit direkter, also an Menschen verrichteter, Care-Arbeit als Männer (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend). Wir fordern einen verpflichtenden
Versorgungsausgleich auch für unverheiratete Paare und eine gesetzliche Stärkung zur gleichwertigen Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit.

Ehrenamt trägt zu individueller Teilhabe, gesellschaftlicher Integration oder sozialen Bindungen, zum kulturellen Leben oder zur Gesundheit, und damit zu stabilen demokratischen Strukturen bei. Doch die Politik darf sich nicht auf dem Engagement der Menschen ausruhen und hat die Aufgabe dies zu unterstützen und attraktiver zu gestalten. Ehrenamtliche Tätigkeit darf nicht als selbstverständlich gelten oder vorausgesetzt werden!

Die ständig wiederkehrende Debatte um verpflichtende Freiwilligendienste lehnen wir ab. Statt der aktuellen Kürzungen von 78 Millionen Euro für Freiwilligendienste fordern wir endlich eine gerechte Entlohnung der Frewilligendienstleistenden. Es kann nicht sein, dass vor allem soziale Einrichtungen abhängig von unterbezhalten Freiwilligen sind und diese dann teilweise Arbeit von Fachkräften übernehmen müssen. Es braucht dringend eine deutlich bessere Finanzierung der Einrichtungen, in denen Freiwillige ihren Dienst leisten, um dort Kompetenzverschiebungen und Überforderungen aufgrund von
Personal- und Geldmangel zu vermeiden.

BENACHTEILIGUNG ARBEITSMARKT

Für viele marginalisierte Gruppen ist der Zugang zur Erwerbsarbeit erschwert, sie erleben Diskriminierung. FLINTA*, migrantisierte Personen oder Menschen mit Behinderungen sind davon besonders betroffen. Ursächlich sind hierbei unter anderem diskriminierende Bewerbungsverfahren und unflexible
Betriebe. Es bedarf an dieser Stelle verpflichtende Quoten für Großunternehmen, anonymisierte Bewerbungsverfahren und sozailstaatliche Hilfen zur Umgestaltung von Firmen. Denn die Einbindung in die Arbeitswelt ist ein wichtiger Faktor für marterielle Sicherheit und soziale Teilhabe, aber auch Sichtbarkeit.

Besonders prekär ist die Lage in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, die ihre Arbeitskraft zu menschenunwürdigem Entgeld zur Vefügung stellen. Die Entlohnung ist dort weit vom Mindestlohn entfernt und ermöglicht kein selbstbestimmtes Leben. Diese Exkludierung ist ableistisch und beutet Menschen aus.

Mindestlohn muss für alle Menschen gelten! Das schließt neben Menschen mit Behinderungen auch Minderjährige ohne abgeschlossene Berufsausbildung ein. Es darf nicht sein, dass Schüler*innen, die erste Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt sammeln wollen, von Arbeitgeber*innen ausgebeutet werden. Auch die
Mindestausbildungsvergütung muss erheblich angehoben werden – immerhin investieren hier die Unternehmen in ihre zukünftigen Arbeitskräfte.

Unsere Forderungen

1. (Solidarität mit Arbeitskämpfen, mit Carearbeiter*innen und die Unterstützung politischer Forderungen dieser Gruppen stellt einen Grundpfeiler unserer Überzeugnungen dar.) Wir kämpfen an der Seite all derer, die gesellschaftspolitisch und vor allem vom Kapitalismus benachteiligt und ausgebeutet
werden.

2. Bündnisse

Wir wollen Seite an Seite mit den (jungen) Gewerkschaften in Thüringen und Ostdeutschland und allen Arbeitskämpfen in Thüringen stehen. Menschen, die im Jahr 2023 immer noch weniger verdienen als ihre Kolleg*innen in Westdeutschland haben all unsere Unterstützung verdient und unseren Beistand auf
der Straße.

3. Umverteilung

Für benötigte Prozesse und Veränderungen in der Arbeitswelt braucht es Geld. Dabei dürfen kleine Unternehmen oder die Angestellten nicht unter diesen kostenaufwändigen Veränderungen leiden. Es sollte aber auch allgemein infrage gestellt werden, wie finanzielle Sicherheit für ALLE Menschen möglich
sein kann. Die Lösung? Umverteilung! Von Oben nach Unten. Her mit der Vermögenssteuer, her mit einer Übergewinnsteuer für Großunternehmen und her mit dem Klimageld!

4. Arbeit muss sich ändern!

Es wird Zeit, dass das Märchen von der jungen Generation, die keine Lust zum Arbeiten hat, umgeschrieben wird. Es ist völlig nachvollziehbar, wenn junge Menschen nicht in die gleichen Abhängigkeitsverhältnisse steuern möchten, in denen sie ihre Eltern seit Jahren sehen, oft gepaart mit finanzieller
Unzufriedenheit, Burn Outs und wenig Zeit für sich selbst oder ihre Familien. Es ist die Aufgabe von Arbeitgeber*innen die Arbeitskraft eines Menschen finanziell wertzuschätzen, einen Rahmen der Selbstverwirklichung zu schaffen und mit einer flexibleren Arbeitszeitgestaltung zu unterstützen. Um dies
zu erreichen benötigt es einen tiefgreifenden Wandel der Arbeitswelt.

Begründung

mdl.